

makatastrophe zu betrachten – von der Verkehrsinfrastruktur ist im Entwurf nur einmal, unter der Überschrift »Energie- wende und Schutz der Umwelt« mit dem Tenor die Rede, dass der öffentliche, ökologisch »gute« Verkehr vorrangig behandelt werden soll – greift zu kurz und vernachlässigt im Übrigen das Wirtschafts- und Arbeitsplatzpotenzial des Verkehrs,

das für die Partei der Arbeit keine Neben- sächlichkeit darstellen kann.



Wilhelm Bender (\*1944) ist seit 1993 Vorstandsvorsitzender der FRAPORT AG, der Betreiber- gesellschaft des Frankfurter Flughafens.

## Ansichten: Positionen zum Programm

*Das Hamburger Grundsatzprogramm zielt darauf, Kommunikation und Praxis der Sozialdemokratie für einen langen Zeitraum zu prägen. Auch nach der beinahe achtjährigen Diskussion, die dem nun vorliegenden Entwurf vorangegangen ist, sind nicht wenige, durchaus gewichtige Fragen offengeblieben. Interessant sind daher die Stellungnahmen der Repräsentanten von Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Um all das möglichst punktgenau zu klären, hat die Redaktion sich ausnahmsweise entschlossen, kurze Interviews mit präzisen Nachfragen an die Stelle von Autorentexten zu setzen. Wir hoffen, damit einen raschen und guten Überblick über Positionen und Kontroversen geben zu können. Die Fragen stellte Thomas Meyer.*

Gespräch mit Michael Sommer

### »Ein Schritt der Normalisierung«

Michael Sommer, geb. 1952, ist seit 1981 Mitglied der SPD und seit 2002 Bundesvorsitzender des DGB. Nachdem der Gewerkschaftsbund nach der Verabschiedung der *Agenda 2010* zur Sozialdemokratie auf Distanz gegangen war, gibt es jetzt deutliche Zeichen einer Annäherung.

**NG/FH:** Michael Sommer, sind Sie mit dem jetzt vorliegenden SPD-Programm- entwurf zufrieden? Stimmt das Gesell- schaftsbild des Programms, teilen Sie die Vision einer besseren Gesellschaft, die der Text enthält oder sehen Sie aus gewerk- schaftlicher Sicht größere Defizite?

**Michael Sommer:** Insgesamt bin ich zufrie- den mit dem, was dort erarbeitet worden ist. Ausdrücklich möchte ich mich bedan- ken bei dem Redaktionsteam aus Wolfgang Thierse, Hubertus Heil und Andrea Nah- les, die eine gute Vorarbeit geleistet haben.

Ich glaube, es macht Sinn, die Begriff- lichkeiten von demokratischem Sozialis- mus und sozialer Demokratie miteinan- der zu verbinden und eine Brücke zu schlagen zwischen dem traditionalisti- schen Ansatz der SPD und einem eher modernistischen.

Ich halte es auch für sinnvoll, den Be- griff des Sozialstaates zu *erweitern* um den Begriff des Vorsorgenden Sozialstaates. Ich habe es immer für falsch gehalten, den Begriff des Sozialstaates nur zu *ersetzen* durch den Vorsorgenden Sozialstaat, weil

ein Sozialstaat, der nur vorsorgt und sich nicht auch um die Schwachen kümmert, den Namen nicht verdient. Wir brauchen beides, den präventiven und den nachsorgenden Sozialstaat. Das ist in dem Entwurf ganz gut gelungen.

**NG/FH:** Also inhaltlich ist es gelungen, aber der Begriff Vorsorgender Sozialstaat selbst bleibt aus Ihrer Sicht doch fragwürdig?

**Sommer:** Er bleibt dann fragwürdig, wenn er als Kampfbegriff gegen den traditionellen Sozialstaat gebraucht wird, was der Entwurf aber nicht macht. Er gibt nach meiner Auffassung eine ganz saubere Definition des Sozialstaats: Der Entwurf geht von der sozialen Sicherung aus, von den sozialstaatlichen Grundlagen dieses Staates, wie Mitbestimmung, Tarifautonomie, Selbstbestimmung und -verwaltung, und er geht darüber hinaus davon aus, dass wir gesellschaftliche Prävention

brauchen. Das ist ein Ansatz, den ich von Anfang an ausdrücklich unterstütze. Und von daher habe ich auch nie den Gegensatz verstanden, der von manchen, die glauben, sie seien auf der Höhe der Zeit, aufgebaut worden ist. Auf der Höhe der Zeit ist man, wenn man das Alte mit dem Neuen verbindet und nicht, wenn man meint, man müsste das Alte abschaffen, um das Neue realisieren zu können.

**NG/FH:** Es gibt im Wirtschaftskapitel des Entwurfs einen Abschnitt »Zähmung des Finanzkapitalismus«. Er nennt eine Reihe von Maßnahmen, die sich im Wesentlichen darauf beziehen, wie die Bewegungen der Finanzströme, vor allem auch in unserem Land, besser kontrolliert werden sollen. Es geht unter anderem um den Einfluss der *Private Equity Fonds*. Etwas vage ist dort auch von einer möglichen Änderung des Aktienrechts die Rede. Das war im vorherigen Entwurf etwas konkreter. Es wird da in Aussicht gestellt, dass diesem Finanzkapital das Stimmrecht in Unternehmen, in die es sich einkauft, nur mit zeitlicher Verzögerung eingeräumt werden soll. Entspricht das den Vorstellungen des DGB?

**Sommer:** Zunächst einmal ist es ausgesprochen positiv, dass sich das Programm diesem Thema stellt, übrigens ist es damit das erste Parteiprogramm in Deutschland, das sich überhaupt mit dem Thema beschäftigt. Ich glaube auch, dass das, bedauerlicherweise, ein Zukunftsthema sein wird, weil der Einfluss der internationalen Finanzmärkte auf die Wirtschaft so stark ist, dass wir zu staatlichen Regulierungen greifen müssen. Je konkreter man hier wird, umso besser ist es. Aber man kann natürlich fragen, wie konkret ein Grundsatzprogramm sein soll. Die Tatsache, dass man überhaupt sagt, wir wollen an das Aktienrecht ran, um bestimmte Dinge zu verhindern, halte ich für sinnvoll. Es ist die Frage, ob man konkrete Überlegungen zu Haltefristen oder Stimmrechtsbeschränkungen, zu

Anzeigepflichten und Überwachungsmöglichkeiten der Aufsichtsbehörden u.ä. in ein Grundsatzprogramm schreiben sollte oder nicht. Ich glaube, dass die Diskussion in der SPD auf einem richtigen Weg ist und hoffe sehr, dass sie auch in das Regierungshandeln unseres Finanzministers Eingang finden wird.

**NG/FH:** Von zentraler Bedeutung für die Gewerkschaften ist natürlich der Abschnitt »Gute Arbeit für alle« im Wirtschaftskapitel. Deckt sich das, was da formuliert ist, mit dem, was die Gewerkschaften erhofft und gefordert haben?

**Sommer:** Man muss dabei immer eines sehen: Ein Parteiprogramm ist nie ein Gewerkschaftsprogramm und umgekehrt. Trotzdem: Ich bin mit diesem Teil ausgesprochen zufrieden. Es gibt klare Botschaften, von der Erwerbstätigenversicherung bis zum gesetzlichen Mindestlohn. Das Programm macht deutlich, welchen Anspruch Sozialdemokraten an Arbeit haben und grenzt sich damit zugleich auch ab von der CDU, die meint, dass »sozial ist, was Arbeit schafft«. Und wir sagen, sozial ist, was sozial gerechte Arbeit schafft und das ist ein wesentlicher Unterschied, den man den Wählerinnen und Wählern auch gut deutlich machen kann. Letztendlich geht es darum, dass wir menschenwürdige Arbeitsverhältnisse schaffen.

**NG/FH:** Im Mitbestimmungskapitel wird gesagt: Die Mitbestimmung muss angesichts der gegenwärtigen Entwicklung des Finanzkapitalismus gestärkt und weiterentwickelt werden. Sind das Vorstellungen, hinter denen nach Ihrer Lektüre konkrete Pläne stehen, oder ist das eher Rhetorik?

**Sommer:** Dahinter stehen konkrete Pläne. Wir müssen angesichts der Europäisierung der Wirtschaft, insbesondere der Gründung europäischer Aktiengesellschaften, sicherzustellen, dass die Unternehmensmitbestimmung erhalten bleibt. Wir wollen auch erreichen, dass die Mit-

bestimmung – zum Beispiel bei Übernahmen durch Finanzinvestoren – verbessert wird. Wir haben sicherzustellen, dass die betriebliche Mitbestimmung sich entsprechend der Entwicklung der betrieblichen Wirklichkeit, z.B. beim Einsatz neuer Techniken, aber auch bei neuen Arbeitsverhältnissen (Leiharbeit), weiter entwickelt. Wir wissen: Die Realisierung ist extrem schwierig und wir müssen auch sehr konkret an den Umsetzungsschritten einer solchen programmatischen Überlegung arbeiten. Daran fehlt es weitgehend noch.

**NG/FH:** In älteren Programmen der Sozialdemokratie, auch im Godesberger, spielten die Gewerkschaften eine gesellschaftspolitische Schlüsselrolle als Säule der gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung. Jetzt steht im Programm im Kapitel »Staat und Gesellschaft«, die Gewerkschaften seien einer der »Träger der Zivilgesellschaft«. Ist damit die gesellschaftliche Rolle der Gewerkschaften zutreffend beschrieben?

**Sommer:** Der Entwurf bemüht sich sehr, die Brücke zwischen den beiden traditionellen Pfeilern der Arbeiterbewegung zu schlagen. Die Gewerkschaften kommen an verschiedenen Stellen in diesem Entwurf vor. Aber man kann uns nicht allein reduzieren auf einen Teil der Zivilgesellschaft. Wir sind ein gestaltender Faktor dieses Gemeinwesens. Wir haben einen wirtschaftspolitischen Anspruch, aber wir haben auch einen politischen Anspruch.

Dass die Partei uns wahrnimmt, weiß ich. Dass sie auch die Zusammenarbeit mit uns sucht, ist in Ordnung. Und dass es über uns hinaus auch andere Gruppen gibt, die in dieser Gesellschaft Verantwortung tragen, ist völlig richtig.

Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn man uns herabstuft zu einer x-beliebigen *Non-Profit*-Organisation, wie das teilweise in der Debatte der EU passiert. Das wird der Rolle der Gewerkschaften nicht gerecht.

**NG/FH:** Ist dieses Programm nach Ihrer Auffassung Basis für einen neuen Schulterschluss zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften oder ist so etwas in Zeiten des linken Parteienpluralismus ohnehin Vergangenheit? Gibt es immer noch ein besonderes Verhältnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, das durch dieses Programm jetzt gestärkt werden könnte?

**Sommer:** *Erstens* gibt es genau wie mit anderen Parteien auch eine inhaltliche Zusammenarbeit mit der SPD. *Zweitens* gibt es eine traditionelle Nähe zwischen SPD und Gewerkschaften, die durch dieses

Programm wieder gestärkt wird. Diese ist in den vergangenen Jahren stark in Mitleidenschaft gezogen worden durch die Politik der *Agenda 2010* und dieses Grundsatzzprogramm ist ein Schritt der Normalisierung hin zu einem guten Verhältnis von SPD und Gewerkschaften. Trotzdem: Die Gewerkschaften sind und bleiben Einheitsgewerkschaften. Wir sind parteiunabhängig, was aber nicht ausschließt, dass wir mit einzelnen Parteien sehr gut zusammen arbeiten und ich glaube, dass es auf Grundlage dieses Programms mit der SPD wieder besser möglich sein wird.

**NG/FH:** Besten Dank.

Gespräch mit Hartmut Kreß

## Religion und Politik

Hartmut Kreß, geb. 1954, ist Professor für Systematische Theologie mit Schwerpunkt Ethik in der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn.

**NG/FH:** Prof. Kreß, zu den Grundwerten und -überzeugungen der Partei heißt es im Programmtext: »Sie versteht sich als linke Volkspartei, die ihre Wurzeln in Humanismus und Aufklärung, christlicher Ethik, marxistischer Gesellschaftsanalyse und den Erfahrungen der Arbeiterbewegung hat«. Ist dies aus heutiger religionswissenschaftlicher Sicht eine tragfähige Formulierung für ein Grundsatzzprogramm, auch im Vergleich zur CDU, die hier einen ganz anderen Ansatzpunkt hat und etwa vom christlichen Menschenbild spricht?

**Hartmut Kreß:** In der evangelischen und katholischen Theologie ist strittig, wie die christliche Anthropologie im Einzelnen auszulegen ist. Mit der Formel »christliches Menschenbild« postuliert man einen Anspruch an Eindeutigkeit, der nicht einzulösen ist. Mir gefällt die Bezugnahme auf »christliche Ethik« sehr

viel besser, weil sie den Aspekt einschließt, dass in den christlichen Ethiken ein Binnenpluralismus, eine Mehrzahl von Strömungen und Theorien anzutreffen ist. Im Übrigen enthielt z.B. die katholische Soziallehre wichtige Impulse für die Gesellschaftsgestaltung, etwa das Subsidiaritätsprinzip.

**NG/FH:** Es hat in der Programmkommission eine Debatte gegeben, ob man in der heutigen Zeit nicht neben der christlich-jüdischen Religion auch den Islam deutlich zur Sprache bringen sollte.

**Kreß:** Unter der Überschrift »Die Kultur der demokratischen Gesellschaft« hat dies doch seinen Niederschlag gefunden. Für wirklich wegweisend halte ich den Satz, der auf die Wurzeln unserer Kultur in der jüdisch-christlichen Tradition und im Humanismus hinweist und hinzufügt, dass diese geistigen Wurzeln von »arabischer Kultur beeinflusst« seien. Dies zu